



**- Ratsfraktion -**

## **Rede zum Haushalt 2008 der Stadt Korschenbroich**

**Sitzung des Stadtrates am 28. Februar 2008**

**Fraktionsvorsitzender  
*Die Aktive*  
Manfred Henninger**

**Sperrfrist: Donnerstag, 28.02.2008, Schluss der Rede**

**Inhalt**

1. Gesamtwirtschaftliche Haushaltssituation/Verschuldung
  2. Konsequenzen/Folgen daraus
  3. Neues kommunales Finanzmanagement (NKF)
  4. Haushalts-Fakten aus Korschenbroich
  5. Notwendige Konsolidierungsschritte / Aufgabenkritik
  6. Verschuldung der Stadt Korschenbroich
  7. Grundwassersituation
  8. Windkraftanlagen
  9. Stellungnahme zum Haushalt 2008
- 

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

## 1. Gesamtwirtschaftliche Haushaltssituation/Verschuldung

Wie alljährlich zu Beginn einige nüchterne Fakten zur gesamtwirtschaftlichen Haushaltssituation inkl. Verschuldung mit Kurzkomentierungen meinerseits:

Der **Bundeshaushalt 2008** budgetiert wiederum ein Defizit: „aber nur noch“ 13 Milliarden € (Einnahmen von 270 Mrd. €, Ausgaben von 283 Mrd. €).

Anstatt in konjunkturellen Boomphasen endlich einen jährlichen Haushaltsausgleich hinzubekommen und zumindest ansatzweise mit der Schuldentilgung zu starten, meint man sich schon feiern lassen zu können, wenn auch nur die weitere Neuverschuldung reduziert wird. Wohlgermerkt: auch eine geringere Neuverschuldung baut den Schuldenstand weiter auf anstatt ihn zu reduzieren.

Nach Auskunft des Finanzministeriums müsste der **Bund** 75 Jahre lang 20 Milliarden Euro Überschuss erwirtschaften, um schuldenfrei zu werden. Damit wären dann nur die Bundesschulden von derzeit ca. 930 Milliarden Euro inkl. Zinsen getilgt (RP vom 02.07.2007).

Die Spitze des Schuldenbergs in **Nordrhein-Westfalen** soll erst im Jahre 2011 erreicht werden – mit dann 124 Mrd. €. Dies erfordert 5,4 Mrd. € jährliche Zinsen; pro Tag 15 Mio. € (BdSt 09/2007, S. 7).

Belastungen aus **konjunktureller Abschwächung** und **WestLB-Skandalen** nicht eingerechnet. Letztere verursachen im Übrigen auch bei den Kommunen nicht unerhebliche Ausfälle durch geringere Gewerbesteuerzahlungen der Sparkassen sowie höhere Umlagen der Landschaftsverbände. Ein Skandal folgt bei der WestLB dem anderen –der wievielte eigentlich?- und das seit Jahren. Letztlich immer zu Lasten der Bürger. Wann endlich ...? Aber lassen wir das.

## 2. Konsequenzen/Folgen daraus

Wenn wir weitermachen wie bisher, **summieren sich die Schulden** von Bund, Land und Kommunen im Jahr 2020 auf 32.000 Euro pro Einwohner!

Freilich, wir sind alle nur kleine Rädchen im großen Getriebe der öffentlichen Schuldenmaschine, aber jedes kleine Rädchen trägt zum Funktionieren des Gesamtsystems bei.

Unter Berufung auf die notwendige Handlungsfähigkeit der Kommunen geben wir Geld aus, das gar nicht vorhanden ist. Dabei sehen wir nicht – oder wollen nicht sehen – dass wir so unsere zukünftige Handlungsfähigkeit immer mehr einschränken. Das Geld, das wir heute zu viel ausgeben, wird unseren Kindern und Enkeln fehlen – samt Zins und Zinseszins.

Die Zukunft ist die Zeit, in der man bereut, dass man nicht getan hat, was man hätte tun können.

Die **angespannte Finanzlage der Kommunen** ist gleichzeitig Zwang und Chance, über Konzepte, Ansprüche, (Mindest-)Standards, die Qualität und Intensität der Leistungserbringung nachzudenken. Es wird deutlich, dass traditionelle Ansätze und das Verschieben der Problemlösung auf die nächste Generation keine befriedigende Antwort liefern.

Da die Konsolidierung der kommunalen Haushalte kaum über eine Steigerung der Einnahmen erwartet werden kann –so die Bertelsmann Stiftung und **Die Aktive** -, sind Fortschritte auf der Aufgaben- und Ausgabenseite zwingend erforderlich.

Auf der Basis finanzwirtschaftlicher Analysen sind politikwissenschaftlich fundierte **Strategien der Umsteuerung** zu entwickeln; etwa: kommunale Aufgabenkritik, Privatisierung der kommunalen Aufgabenerfüllung, Public-Private-Partnership, Abbau von Standards, Gemeindesteuerreform, Schuldenmanagement und viele mehr (Spezial-Ausgabe zum Kommunalkongress 2007 der Bertelsmann-Stiftung, 13.02.2007).

Zu viele Probleme werden nicht wirklich angepackt und gelöst. Es kann doch nicht sein, meine Damen und Herren, dass wir die notwendigen Entscheidungen immer weiter vor uns herschieben, um dann mit Blick in die Zukunft festzustellen, dass alles nur noch schlechter wird. Wer tatsächlich etwas bewegen will, der muss sich kümmern – und zwar heute und nicht erst morgen. Und was tut der Gesetzgeber: er erfindet eine Ausgleichsrücklage! Doch dazu später.

Wann hören wir endlich im Rahmen der Haushaltssanierung auch in unserer Kommune auf die Hinweise und **Ratschläge** vieler angesehener Institutionen: Bund der Steuerzahler, Städte- und Gemeindebund, Bertelsmann Stiftung, IHK, aber auch GPA und MH... Warten Sie nicht bis es zu spät ist!

### 3. Neues kommunales Finanzmanagement (NKF)

Gestatten Sie mir nun einige Anmerkungen zum Neuen kommunalen Finanzmanagement (NKF) allgemein, zur Ausgleichsrücklage im Besonderen und zum Korschebroicher Produktbuch.

Die Umstellung auf NKF wurde seit einigen Jahren mit diversen Veranstaltungen –übrigens auch in unserer Kommune- den Ratsmitgliedern nahe gebracht. Nur schade, dass hier so wenige davon Gebrauch gemacht haben.

Ich möchte keinesfalls versäumen, unserer Verwaltung an dieser Stelle meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Hier ging es ja nicht nur um eine andere Haushaltsdarstellung, Veränderung des Buchungsstils oder Bewertungsfragen. Nein, die Verwaltung hatte eine **Komplette Systemumstellung** zu bewältigen. 100 Jahre Kameralistik sind seit dem 01.01.2008 Vergangenheit. Allerdings wird die periodenübergreifende Analyse systembedingt erschwert, weil in 2008 (durch NKF) gewissermaßen eine neue Zeitrechnung begann. Es war der Verwaltung nicht zuzumuten, Überleitungen zwischen Kameralistik und NKF vorzulegen. Dessen musste man sich bewusst sein; Vergleiche nach hinten bleiben deshalb überwiegend passé. Wir schauen nach vorne.

Welche **Ziele** sind mit dem **NKF** verknüpft? In Stichworten:

- Darstellung des Vermögens und der Schulden einer Kommune und des vollständigen Ressourcenverbrauchs (mittels Abschreibungen, Rückstellungen)
- Offenbarung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse
- Intergenerative Gerechtigkeit
- Jahresabschluss in Anlehnung an die HGB-Regeln mit Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Bilanz, Anhang, Lagebericht
- Produktorientierte Transparenz; bei uns mit 71 Produkten
- Ziele, Leistungsdaten, Kennzahlen
- Demnächst (nur konsequent): Die Kommune als „Konzern“.

NKF wird die wirtschaftliche Situation der Gemeinden in Zukunft schonungslos aufdecken. Es wird jedoch zunächst keinen zusätzlichen Euro in die Kassen spülen, so dass der **Konsolidierungsdruck** (hoffentlich) eher zunehmen und **Effizienzdefizite** darlegen wird.

„Um den Kommunen einen größeren Handlungsspielraum in ihrer Aufgabewahrnehmung im Hinblick auf den Vermögenseinsatz zu ermöglichen, hat der Gesetzgeber das **Konstrukt der Ausgleichsrücklage** geschaffen“, so können wir im Haushalt der Stadt Korschebroich auf Seite 28 nachlesen. Weiter heißt es dort: „Die Ausgleichsrücklage stellt einen Teil des Eigenkapitals dar, der bei einem unausgeglichenen Haushalt in Anspruch genommen werden darf, ohne das hierfür haushaltsrechtliche Konsequenzen folgen“.

Fast alle Kommunen, welche nun wahrscheinlich wie wir die Haushaltssicherung verlassen, haben dies nur durch die Umstellung auf das NKF erreicht. Bitte im Gedächtnis behalten: sie haben keinen strukturellen Haushaltsausgleich geschafft, sondern lediglich die Ausgleichsrücklage für den Haushaltsausgleich eingesetzt.

Der **Trick**: Die Ausgleichsrücklage in der neuen Eröffnungsbilanz dient in den nächsten Jahren dazu, Defizite auszugleichen. Das Geld ist aber in dieser Rücklage nur rein rechnerisch vorhanden. Rechtlich ist das zulässig, doch die dringend notwendige Sanierung wird vielerorts auf die lange Bank geschoben.

Die **Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes** entsteht nicht durch eine Gesundung der Finanzen, sondern allein durch die Umstellung auf das NKF. Sowohl Alt-Verbindlichkeiten als auch nach wie vor ein originäres Defizit bleiben bestehen. Korschbroich schiebt noch ein Defizit von 25 Mio. € aus Vorjahren vor sich her.

Wieso der Gesetzgeber eine derartige Fiktion zugelassen hat, bleibt Vielen, auch mir, ein Rätsel. Die Kommunen mit virtuellem Spielgeld auszustatten wird vermutlich allein den Kämmerern in den nächsten Jahren etwas ruhigere Zeiten bescheren. Aber nicht, weil sie nun über weitere finanzielle Mittel verfügen, sondern nur, weil einige (oder viele?) Kommunalpolitiker weder mit NKF noch mit Ausgleichrücklage etwas anfangen können, geschweige denn mit den Folgen und Konsequenzen daraus.

Das **Korschbroicher Produktbuch** (Haushalt NKF 2008) macht aus unserer Sicht insgesamt einen guten Eindruck. Mit weiteren zusätzlichen Erläuterungen zum Zahlenwerk bei einigen Produkten, der Hinzufügung von steuerungsrelevanten Kennzahlen (wie von uns vorgeschlagen) und Ergänzungen einzelner Produkte durch Daten aus der Kosten- und Leistungsrechnung kann sich das Resultat durchaus sehen lassen – auch im Vergleich zu den NKF-Haushalten anderer Kommunen. Nochmals Lob an das Team.

Nicht das wir uns falsch verstehen, ich habe nicht von den Zahlen gesprochen, sondern vom „Drum herum“. Zu den Zahlen komme ich nun ansatzweise.

#### 4. Haushalts-Fakten aus Korschbroich

Der Haushalt 2008 schließt mit einem **Ergebnis von -3,7 Mio. €** ab. Bis zum Ende der Finanzplanung (2011) rechnet man gar mit ca. 10 Mio. € Verlust. Entsprechend sinkt die bereits erwähnte Ausgleichsrücklage. **Folge**: Es kommt zu einem **massiven Eigenkapitalverlust und Substanzverzehr**.

Selbst in Boomphasen mit erheblich gestiegenen Steuereinnahmen gelingt es nicht, den Haushalt auszugleichen. Wie soll das erst in Abschwungphasen gelingen? Die alte Regel „Man kann nur das ausgeben, was man auch einnimmt“ bleibt nach wie vor unbeachtet.

**Korschbroich hat kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem.** Die Verwaltung setzt fälschlicherweise in erster Linie auf höhere Einnahmen!

Fließen Gewerbesteuern, Anteile an der Einkommensteuer und Schlüsselzuweisungen in der unterstellten Höhe? Beträchtliche Zweifel sind angebracht. Wie entwickeln sich die Energiekosten? Was ergeben die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst? Wie hoch sind die Umlagen an den Kreis? Welche Belastungen aus der demographischen Entwicklung kommen auf uns zu? In

welcher Höhe schlägt die erneute Krise der WestLB auf unsere Gemeinde durch? **Unsicherheiten** über Unsicherheiten.

Aus der Bibel wissen wir, dass den fetten Jahren ebenso viele magere folgen. Nämlich dann, wenn die Exportnachfrage nachlässt und die Firmen ihren aufgestauten Investitionshunger gestillt haben. Kluge Lenker –wie einst der Pharaon– nutzen die fetten Jahre, um Kornspeicher anzulegen. Doch dieses Gleichnis scheint bis Korschbroich nicht durchgedrungen zu sein. Anstatt das Steuerplus als „Puffer“ im strukturellen Defizitabbau zu nutzen, gelingt es selbst in der Hochkonjunktur nicht, den Jahreshaushalt auszugleichen. Wie soll das dann in mageren Jahren gelingen?

## 5. Notwendige Konsolidierungsschritte / Aufgabenkritik

Nicht nur im Hauptausschuss letzte Woche, sondern schon in den Vorjahren hat **Die Aktive** eine Menge **Vorschläge zur Konsolidierung des Haushaltes** unterbreitet. Ich erspare mir, unsere Anträge 2008 nochmals zu erläutern, sie sollten Ihnen bekannt sein.

***Details können Sie in der schriftlichen Fassung dieser Rede nachlesen. Aber auch im Internet unter [www.die-aktive.de](http://www.die-aktive.de)***

aus: Hauptausschuss vom 19.02.2008 (nicht in Antrags- sondern Erläuterungsform)

**Die Aktive** befürwortet eine **Verkleinerung des Rates** der Stadt Korschbroich ab der nächsten Legislaturperiode. Es gibt genügend Beispiele anderer Kommunen, in denen ein verkleinerter Rat gute Arbeit leistet. Die Argumentation des Bürgermeisters und der CDU sowie der FDP ist faden-scheinig. Von sinkender Bürgernähe kann keine Rede sein. Ein Einsparpotenzial in Höhe von ca. 70.000 € (für die gesamte Legislaturperiode) kleinzureden, verkennt nach wie vor die finanziellen Realitäten in unserer Kommune. Vielmehr scheinen Posten und Privilegien der CDU-Ortsteil-Verbände im Vordergrund zu stehen. Die Politik muss mit gutem Beispiel vorangehen, ansonsten wird die Konsolidierung der städtischen Finanzen scheitern. Wir sind dazu bereit. An unserer Bürgernähe ändert sich auch zukünftig nichts.

Die Realisierung des **Neersbroicher Feldes** wird von uns abgelehnt. Wir beantragen die Herausnahme aller Mittel aus dem Haushalt. Die bereits in dieses Projekt eingebrachten Arbeitsstunden hätten sinnvoller verwendet werden können, sowohl in der Verwaltung als auch in der WEK.

Diverse NRW-Kommunen beschreiten seit einiger Zeit neue Wege zur Optimierung ihrer Aufgabenerfüllung. Grundgedanke: Suche nach mehr Effizienz bei geringeren Kosten. Welche Verwaltungsaufgaben können von mehreren Kommunen gemeinsam erbracht werden, welche Arbeit lässt sich bündeln? Warum darf der eigene Bauhof beim Grasmähen nur bis zur Stadtgrenze arbeiten? Warum hält jede Kommune eine eigene Kasse, eine eigene Kämmerei oder ein eigenes Personalamt vor? Beispiele, wo Arbeiten gebündelt werden können und Steuergelder einzusparen sind. Weitere Bereiche, die sich für „**Shared-Services**“ eignen, könnten die Beschaffungen oder das Immobilienmanagement sein.

Gerade in Zeiten knapper Kassen ist es mit Blick auf die Entlastung des städtischen Haushalts angezeigt, Ineffizienzen beim Forderungseinzug abzustellen und die bestehenden Potentiale für Haushalt und Liquidität zu erschließen. Neben telefonischen Erinnerungen wäre die Überwachung niedergeschlagener Forderungen durch Dritte ein weiterer denkbarer Schritt. Korschbroich sollte sich dabei an den erfolgreichen Maßnahmen anderer Städte orientieren. Wir regen an, dass die Verwaltung Kontakt mit anderen Kommunen aufnimmt, die im Hinblick auf ein optimiertes **Forderungsmanagement** bereits erhebliche Erfolge erzielen konnten.

Ein wesentliches Ziel des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) ist die sogenannte **intergenerative Gerechtigkeit**. Was ist damit gemeint? Nichts anderes als dass die heutige Generation nicht auf Kosten zukünftiger Generationen wirtschaftet! Denn die Generation, die heute die Infrastruktur nutzt und Dienstleistungen in Anspruch nimmt, muss auch heute dafür aufkommen; und nicht alles den künftigen Generationen aufbürden. Folglich wird der Werteverzehr des Vermögens durch das NKF als Abschreibungen erstmalig erfasst. Investitionen belasten somit (durch die Abschreibungen) unmittelbar die Ergebnisrechnung. Infolge der kritischen Haushaltslage sind **Kürzungen bei diversen Investitionen** unumgänglich. Wir beantragen, dass einzelne Investitionen gekürzt bzw. verschoben werden.

**Personalaufwendungen** inkl. Versorgungsaufwendungen bilden mit 12,2 Mio. € (23,1 % der Ordentlichen Aufwendungen des Gesamtergebnisplanes) einen wesentlichen Kostenblock des Haushalts. Eine Konsolidierung des städtischen Haushaltes kann ohne den "Bereich Personal" nicht gelingen. Daher müssen endlich die Anstrengungen verstärkt werden, diese Aufwendungen zu reduzieren. Ansätze vielfältiger Art (ohne Kündigungen!) liegen vor, man muss sie nur unvoreingenommen prüfen.

Zwischen Umfang der wünschenswert zu bewältigenden Aufgaben des **Eigenbetriebes Stadtpflege** und den aufgrund der Haushaltssituation zur Verfügung stehenden Mitteln klafft eine erhebliche Lücke. Nur durch Senkung bestehender Standards und Einschnitten im Leistungsumfang sind Kosteneinsparungen zu erzielen. Durch die **Erweiterung der Pflegeklassen** kann das Auftragsvolumen gezielt reduziert werden. Im Haushalt sind Einsparungen möglich. Zudem werden die Mitarbeiter des Eigenbetriebes Stadtpflege entlastet.

Der Höchstbetrag für **Kredite zur Liquiditätssicherung** sollte auf 30 Mio. € reduziert werden. Diese sog. Kassenkredite haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Betrachtungen über die Entwicklung der Verschuldung lassen Kassenkredite außen vor; ebenso bei pro Kopf bezogenen Vergleichen. Insofern wird die tatsächliche **Verschuldung verfälscht**.

Ziele lassen sich allgemein definieren als ein gewünschter Zustand, den man erreichen möchte. Kennzahlen erleichtern die Feststellung/Messung des Zielerreichungsgrades. Neu im NKF ist u. a., dass Kennzahlen im Haushalt stehen. Dies dient sowohl der Transparenz als auch einer Selbstverpflichtung. **Die Aktive** drängt darauf, den Haushalt um diverse **weitere Kennzahlen** zu ergänzen **um eine effizientere politische Steuerung der knappen Ressourcen zu ermöglichen**. Einerseits im Hinblick auf Benchmarks beim interkommunalen Vergleich. Andererseits für den Zeitvergleich innerhalb unserer Gemeinde. Deshalb ist es enorm wichtig, frühzeitig -am besten von Anfang an- steuerungsrelevante Kennzahlen zu definieren und festzuschreiben.

Die **Bildung einer Rückstellung für Grundwassermaßnahmen** in künftigen Jahren ist überfällig. Der Wiederanstieg des Grundwassers ist ein Problem aller Korschenbroicher Bürger. Eine finanzielle Vorsorge muss endlich beginnen. Verdrängen und Aussitzen (wie CDU/UWG) oder Beharren und mit dem Kopf durch die Wand (wie FDP) bringen unsere Kommune und deren Bürger nicht weiter.

Siehe auch unsere Anträge aus den Haushaltsberatungen 2005-2007 ([www.die-aktive.de](http://www.die-aktive.de)).

Wir vermissen nach wie vor einen **Prozess systematischer Aufgabenkritik**. Uns ist durchaus klar, dass es für die Verwaltung nicht einfach ist, neue Wege innovativer Art zu gehen. Das heißt nämlich auch, sich in bestimmten Bereichen selbst zu stützen, auf die Kernaufgaben zu reduzieren, Aufgaben auf- und abzugeben, kooperieren, privatisieren. Aus jetziger Sicht ist unwahrscheinlich, dass dies der Verwaltungsführung in ausreichendem Maße gelingt. So müssten die Anstöße verstärkt von außen kommen. In erster Linie vom Rat. Doch die gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse lassen hier kurzfristig keine Änderung erwarten.

Sehr geehrte Mitglieder des Rates,

**handeln** wir alle gemäß § 43 Abs. 1 GO **im Hinblick auf das öffentliche Wohl** oder nach § 1 GO **in Verantwortung für die zukünftigen Generationen** (intergenerative Gerechtigkeit)?

Nein! das tun wir nicht!

Man muss unangenehme Wahrheiten nicht nur aussprechen, sondern auch Handlungen in die entsprechende Richtung vornehmen. Floskeln wie „Das Tal der Tränen ist durchschritten“ (A. Heveling/CDU in RP und NGZ, 21.01.2008) sind weder richtig noch hilfreich. Sie gehen in die total falsche Richtung und versuchen lediglich die Bürger dieser Stadt einzulullen und von der katastrophalen Bilanz konservativer Politik hier vor Ort abzulenken.

Der Auftritt der CDU im Hauptausschuss kam einem Offenbarungseid gleich! So gut wie keine eigenen Ideen, aber diejenigen Anderer zerreden und blockieren. Manchmal hörte ich sinngemäß folgendes: Ja, die Ansätze sind schon o. k, die Richtung stimmt, aber wir lehnen ab! Da rede noch einer von gestaltender Kraft in Korschenbroich. Politik Paradox! Wir sind Aktiv – Sie Verharren!

## **6. Verschuldung der Stadt Korschenbroich**

Kassenkredite (Dispo-Kredite) haben auch in Korschenbroich in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Betrachtungen über die Entwicklung der Verschuldung lassen diese Art von Krediten jedoch außen vor. Das ist ebenso bei pro Kopf bezogenen Vergleichen der Fall. Insofern wird die tatsächliche **Verschuldung der Stadt Korschenbroich** enorm **verfälscht**.

Wenn Sie die realistischen Zahlen – Gesamtverschuldung und pro Kopf-Verschuldung – unserer Kommune nachlesen wollen, so schauen Sie auf die Internetseite der **Aktive Bürger Gemeinschaft**. Dort finden sie in Form einer **Schuldenuhr** in Kürze wieder aktuelle Angaben. Überhaupt sollte eine Schuldenuhr in jeder Stadt zur Pflicht werden! Damit Bürger und Rat nicht permanent die Augen davor verschließen.

In Langenfeld arbeitet Deutschlands erste "**Entschuldungsuhr**" voraussichtlich nur noch wenige Monate. Denn dann hat sich Langenfeld in einem zwei Jahrzehnte dauernden schmerzlichen aber konsequent durchgezogenen Prozess mit Erfolg entschuldet.

Nebenbei bemerkt: „Ein Haushalt, der Schulden reduziert, ist der beste Ausdruck einer nachhaltig sozialen und familiengerechten Finanzpolitik“ (L. Lienenkämper, CDU Fraktionsvorsitzender im Kreistag des Rhein Kreis Neuss bei der Stellungnahme zum Kreishaushalt 2008).

## **7. Grundwassersituation**



Der **Abschlußbericht Grundwasser** (der Kommission Grundwasser des Rhein-Kreis Neuss) wurde im Februar 2005 vorgelegt. **Patchwork** (zu Deutsch: Flickerwerk) hieß die Lösung und genau dabei ist es leider auch geblieben.

Es wird seit Jahren viel geredet, Gutachten in Auftrag gegeben, Kosten ermittelt -allerdings meist von betriebswirtschaftlich Unkundigen-, Finanzmittel zumindest im Kreishaushalt sind ansatzweise bereitgestellt. Nennenswerte Maßnahmen aber wurden bisher nicht durchgeführt. Überhaupt ist in Sachen Grundwasserlösung nicht wirklich viel Positives passiert. Doch oftmals wird einem genau das Gegenteil vermittelt.

Machen wir einmal eine **Bestandsaufnahme**. Was ist aus den Ergebnissen der Unterarbeitsgruppen im Einzelnen geworden?

### **UAG 1: „Zulässigkeit von Satzungsmodellen zur Finanzierung hydraulischer Lösungen“**

Der Petitionsausschuss des Landes NRW rät, die Änderung der Gemeindeordnung und des Kommunalen Abgabengesetzes ernsthaft zu prüfen. Das Innenministerium sieht „Verfassungsrechtliche Bedenken“. In anderen Bundesländern wird hingegen gehandelt.

### **UAG 2: „Dringliche Maßnahmen in Korschenbroich“**

Bürger helfen sich durch 80%ige Kostenübernahme in Raderbroich und Herrenshoff selber. Doch wie lange funktioniert das noch? Insbesondere, wenn den Bürgern klar wird, dass an verschiedenen Stellen in Korschenbroich Millionen Liter Wasser in die Bäche gepumpt werden, welches dann versickert und nur wenige Kilometer entfernt unter massiver Kostenbeteiligung der Bürger wieder gepumpt wird, um die Häuserfundamente zu schützen.

Die (künstliche Wasser-)Einleitung im Bereich Haus Horst bleibt lt. unserem stellv. Bürgermeister, Herrn Türks, auf der Strecke und reichert den hohen Grundwasserstand an (13. Sitzung des Betriebsausschusses am 15.06.2007). Er bemerkt weiter, dass in den 80er Jahren die Situation eine andere war und es einen dementsprechenden politischen Willen gab. Ja Herr Türks, mag wohl sein. Inzwischen sollte der gemeinsame politische Wille jedoch ein anderer sein. Dies bestätigen Sie und einige Ihrer Parteikollegen des Öfteren. Nur, Aussagen in den Medien sind da zu wenig. Sie müssen auch im Rat entsprechend stimmen und sich im Kreis und Land Gehör verschaffen! Das vermissen wir nach wie vor in vielen Punkten. Wobei uns die CDU im Kreis näher steht als die Kreis SPD.

### **UAG 3: „Hilfsmöglichkeiten durch Optimierung von Oberflächen-gewässern“**

- „Die Fließfähigkeit des Trietbaches ist gegeben“, so die Ausführung der Unteren Wasserbehörde, doch der Trietbach versickert auf halber Strecke im Korschenbroicher Stadtgebiet. Der Niersverband empfiehlt eine Sohlräumung. Kosten soll die Stadt übernehmen.
- Der Fluitbach muss von Rohren und Brückenbauwerken befreit werden, um die Fließfähigkeit zu gewährleisten. Von vielen Bachüberquerungen sind nur

ganz wenige genehmigt. Die Verantwortlichen wissen das seit langem. Wie ist der Status?

- Der Jüchener Bach kann nicht in den Nordkanal abfließen und staut zurück. Wasser versickert im Boden. Das Grundwasser steigt auch hier weiter an. Immer mehr Baugebiete entwässern in den Bach, obwohl der Erftverband auf die hydraulische Auslastung hingewiesen hat.
- Lange und ausführlich wurde die seit 30 Jahren von den Verantwortlichen nicht durchgeführte Entschlammung des Nordkanals beraten, immer wieder Fachleute hinzugezogen und neue Gutachten erstellt. Gescheitert ist die Entschlammung schließlich an der Finanzierung 80:20. Tatsache ist, dass die Wasser- und Bodenverbände Jahrzehnte nicht ihren Aufgaben nachgekommen sind. Vielen Dank Herr Moormann!

#### **UAG 4: „Optimale Ausnutzung des Grundwasserdargebotes im betroffenen Raum“**

Eine überregionale Zusammenarbeit der Wasserwerke könnte hier erhebliche Entlastung bringen. Finden Gespräche statt? Wie geht es weiter? Nichts Genaues weiß man nicht! Zurzeit läuft wohl eine Untersuchung des Erftverbandes.

Jener Erft Verband bemerkt im Hinblick auf den sich abzeichnenden Klimawandel, dass wasserwirtschaftliche Auswirkungen der zu erwartenden höheren Winterniederschläge in einer erhöhten Grundwasserneubildung zu sehen sein werden. Das verfügbare Dargebot erhöht sich. Es könnte es zu einer Verschärfung der Vernässungsproblematik kommen (Dr. Bernd Bucher, Stefan Simon: Mögliche Auswirkungen des Klimawandels auf Grundwasser und Wasserversorgung, in: Erft Verband 03/2007).

Was sich hier als nüchternes Fazit im Hinblick auf den Klimawandel anhört, hat für die Betroffenen leider enorme Bedeutung. Welche, das kann sich hoffentlich jeder vorstellen.

Zur Wiederinbetriebnahme des Wasserwerkes Waldhütte/Lodshof haben wir schon im Rahmen der Verlängerung des Wasser-Konzessionsvertrages mit der NVV Stellung genommen. Insofern verweise ich darauf.

#### **UAG: 5: „Verbesserung der Optimierung der Bauphysik“**

Forschungen bei der RWTH Aachen laufen. Zweifelhafte Sanierungen werden teuer angeboten. Günstige Darlehen oder Steuervergünstigungen: Fehlanzeige. Pilotprojekt: Bisher keines!

**Zusammenfassend kann man sagen:**

**Einige bemühten sich redlich (aufrichtigen Dank dafür!), dabei herausgekommen ist bisher nichts, dass den Bürgern wirklich weiterhilft.**

Aber wie soll es weiter gehen? Der Rhein Kreis Neuss soll „familienfreundlicher“ werden, so kann man nachlesen. Aber wie steht es um die **Lebensqualität**, wenn Gesundheit und Eigenheim vieler Familien bedroht sind?

**Die Aktive** hat bereits in der Ratssitzung am 13.12. 2007 hierzu umfassend Stellung genommen. Insbesondere wurde von uns auf die **psychische Belastung** der Menschen hingewiesen.

### **Auszüge davon nochmals in der schriftlichen Version meiner Rede.**

aus: Ratssitzung 13.12.2007 / TOP 4: Grundwasser

... Diese psychische Belastung wünsche ich Keinem. Doch sie ist leider Realität.

Mir sind Fälle bekannt, wo Bürger die psychischen Belastungen nicht mehr aushalten konnten. Sie haben weit unter Wert ihre Immobilie verkauft, damit ihre Altersversorgung aufgegeben und sind weggezogen. Um dem „Gespenst“ zu entfliehen und mit freiem Kopf und unbelasteter Seele wieder lebenswert ihre Zukunft gestalten zu können.

Die NGZ schrieb am 01.09.2007 in einem Kommentar, dass bereits seit 1999 das Grundwasser vielen Bürgern nicht nur in den Keller drückt, sondern auch aufs Gemüt: mit Sorgen um Alterssitz, Gesundheit und Existenzängsten. Korrekt, dem ist so! Positiv sei, dass das Grundwasser-Problem von keinem Politiker in Stadt, Kreis und Land mehr in Frage gestellt wird. Ich glaube, hier ist Frau Wiedner/NGZ zu blauäugig. Wer von den anwesenden Ratsmitgliedern hat sich denn schon einmal direkt dem Thema gewidmet? Nicht nur theoretisch durch Sitzungsvorlagen für Rat und Ausschüsse, sondern unmittelbar durch Gespräche mit Betroffenen und In-Augenschein-nahme von gefährdeten Objekten. Ich glaube die Wenigsten – in Kreis und Land sicher ein verschwindend geringer Teil. Aber nur dadurch kann man die Thematik wirklich greifen. Also meine Damen und Herren, bitte raus ans betroffene Volk! Wo ist die **Bürgernähe**, die sie bei jeder Gelegenheit so preisen?

Im Umweltausschuss am 12.06.2007 hörte ich mit Entsetzen folgende Aussage: „Ein Stopp der Einleitungen (seitens Rheinbraun) wäre illusorisch.“

Meine Damen und Herren, die jüngste Geschichte in Deutschland hat doch bewiesen, dass selbst unmöglich erscheinende Dinge realisierbar sind (deutsche Wiedervereinigung). Insofern sind Dinge nur dann illusorisch, wenn man die Hände in den Schoß legt, sich nicht bewegt oder man besonders obrigkeitshörig ist. Durch gemeinsames solidarisches Vorgehen, steten Druck, durch Ziehen an einem Strang lässt sich hingegen fast alles bewegen. Schließlich weiß der Volksmund längst: **Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!**

Abschließend möchte ich noch auf eine „Instanz“ zu sprechen kommen, die in unserem Kulturkreis eigentlich nicht zu ignorieren sein sollte!

Die **Kirchen** haben sich in drei Stellungnahmen vom 26.01.2005, 15.05.2006 (Nur in gelebter Solidargemeinschaft ist die Last gemeinsam zu schultern) und 20.11.2007 eindringlich geäußert und die Dinge offen beim Namen genannt.

„Wir appellieren (so heißt es in der letzten Stellungnahme) noch einmal an alle..., die Lösung des Grundwasserproblems im Raum Korschenbroich zielstrebig an zu gehen. Es ist schon zu viel Zeit verloren gegangen. Die Grundwasserfrage kann nicht auf dem Rücken der betroffenen Menschen weiter ausgetragen werden“.

(Dritte Stellungnahme der Katholischen Region Mönchengladbach im Bistum Aachen und des Evangelischen Kirchenkreises Gladbach-Neuss zur Grundwasserproblematik und den betroffenen Orten, 20.11.2007, S. 2)

Dem habe ich nichts mehr hinzuzufügen.

Wir fragen uns nach wie vor, wann erfolgt endlich **konsequentes Handeln** aller Beteiligten in Land, Kreis und Stadt, bei dem die Bürger wirklich den Eindruck gewinnen können, hier packt jemand mit ganzem Herzen und voller Energie die Thematik an? Das ständige Hin- und Her Geschiebe zwischen Kreis und Stadt,

Land, Wasserverbänden, Bezirksregierung, Wasserwerken usw. ist nicht mehr nachvollziehbar. Selbst für rational und pragmatisch denkende – zu denen ich mich zähle - wird dies langsam unerträglich. Die Bürger sind unverschuldet durch falsche Landes- und Ortspolitik in diese Situation geraten. Da reicht es nicht, auf die Bauherrenhaftung zu verweisen. Den Betroffenen muss geholfen werden. Betroffen sind alle Bürger dieser Stadt. Die Korschenbroicher Politik muss sich endlich ihrer **Verantwortung** bewusst werden und diese auch **übernehmen**.

Herr Bürgermeister, ich hatte Sie in meiner letzten Haushaltsrede dafür kritisiert, dass in Ihrem Grußwort zum Jahresende 2006 das Thema Grundwasser nicht vorkam. Das war 2007 anders (Korschenbroicher Stadt-Kurier, 27.12.2007, S. 8). Meinen Dank dafür. Auch in einem Interview zu den dringendsten Problemen in Korschenbroich aus August 2007 (RP vom 03.08.2007) erwähnten Sie die Grundwasserthematik (neben Haushalt, offener Ganztagschule in allen Stadtteilen, Verbesserung des Betreuungsangebotes von Kindern unter 3 Jahren, Umsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes mit Baulandmanagement und demografischem Wandel).

Wir erinnern Sie abermals, sich als Bürgermeister mit ganzer Kraft einzusetzen, um die Grundwasserproblematik einer Lösung zuzuführen.

*Die Aktive* wird jedenfalls nicht aufhören für die Belange der Bürger einzutreten. Den Kopf in den Sand zu stecken ist keine Lösung. Der wird bald feucht!

## 8. Windkraftanlagen

Auch beim Thema Windkraft werden die Bürger vor Ort veräppelt. Zunächst der Ausweis von zwei Konzentrationszonen. Dann stillschweigend eine scheinweise Aufstockung der Anzahl an Windrädern.

Auf Neusser Stadtgebiet in unmittelbarer Nähe zu Korschenbroich sind fünf Windräder geplant, die zudem mit 146 Metern noch deutlich höher ausfallen sollen als im Windpark Korschenbroich Süd.

Was kommt als nächstes?

## 9. Stellungnahme zum Haushalt 2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

zurück und abschließend zum vorliegenden Haushalt 2008.

Im Hauptausschuss am 19.02.2008 haben wir 6 Stunden über den Haushalt diskutiert. Für **Die Aktive** und meine Person darf ich sagen, wir haben in diversen Punkten immer wieder Brücken gebaut und durchaus konsensfähige Vorschläge eingebracht, wir haben kleine fachkompetente Arbeitsteams angeregt, die bspw. sämtliche Investitionen nochmals kritisch beleuchten, wir haben Hinweise auf erfolgreiches Vorgehen anderer Kommunen in verschiedenen Bereichen unterbreitet. Was ist daraus geworden? So gut wie nichts.

Fachkompetenz spielt nach wie vor nur eine sehr untergeordnete Rolle. Es geht primär darum, zu zeigen wer die Macht hat. Traurig, aber Realität. Diskussionen haben aber nur dann einen Sinn, wenn man nicht von vornherein entschlossen ist, recht zu behalten.

Und die Aussage aus der letztjährigen Haushaltsdebatte, dass "Antworten in der Politik Anträge sind, die eine Mehrheit finden", hat sich nun wahrlich in der deutschen Geschichte oft genug als falsch erwiesen. Den Fortschritt verdanken wir den „Nörglern“, ohne sie gäbe es keine positive Veränderung. Und so bleibt mir nur mit Adenauer zu antworten: „Wir leben zwar alle unter dem gleichen Himmel, aber wir haben nicht alle den gleichen Horizont“.

Auch dieser **Haushalt ist nicht zukunftsweisend, missachtet intergenerative Gerechtigkeit, Prioritäten sind falsch gesetzt, Realitäten werden weiterhin ignoriert.**

**Ständiges Hinausschieben notwendiger Konsolidierungsmaßnahmen belastet die Bürger letztendlich umso mehr.**

Dem ein Ende zu setzten liegt in der Verantwortung jedes einzelnen Ratsmitgliedes!

Meine Damen, meine Herren, insbesondere die zu meiner rechten Seite, Sie sollten sich dieser Verantwortung stellen und nicht die schweigende Mehrheit komplett machen. Oder gar nach dem Motto handeln: woher soll ich wissen, was ich denke, bevor ich höre was mein Vorsitzender sagt.

**Die Aktive** kann diesem **Haushalt nicht zustimmen.**

Vielen Dank!